

TENDENZEN DER INDONESISCHEN GENOSSENSCHAFTSPOLITIK

Eckart Koch

I. EINLEITUNG

Genossenschaften sind integraler Bestandteil der indonesischen Gesellschaft. Historisch lassen sich erste Ansätze eines indonesischen Genossenschaftswesens bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen, als von holländischen Beamten Versuche unternommen wurden, die im übrigen heute noch bestehende Abhängigkeit der zum Teil hoch verschuldeten javanischen Kleinbauern von den ländlichen Geldverleihern und Händlern sowie den Großgrundbesitzern zu verringern¹.

Die erste rechtliche Grundlage des Genossenschaftswesens war ein erst 1915 erlassenes Genossenschaftsgesetz, das allerdings, da auf europäische Verhältnisse bezogen, völlig unzureichend war.

1927, 1933 und 1945 wurden weitere Genossenschaftsgesetze erlassen, die, immer noch auf europäischem Recht basierend, nur in geringem Umfang indonesische Besonderheiten und Konstellationen berücksichtigten.

Die rechtliche Basis für den seit der Unabhängigkeit praktizierten Aufbau des Genossenschaftswesens stellt neben Art. 33 der indonesischen Verfassung von 1945, in dem Genossenschaften zur Basisorganisation der Wirtschaftsordnung erklärt werden, das derzeit gültige Genossenschaftsgesetz von 1967 dar, dem seit der Unabhängigkeit nunmehr vierten und letzten Ansatz zur rechtlichen Regelung des Genossenschaftswesens². Die ökonomisch-politischen Funktionen sind in den Artikeln 4 und 7 festgeschrieben:

- Genossenschaften sollen zu einem dominierenden Sektor der Wirtschaft ausgebaut und als solcher einen aktiven Beitrag zur Produktionssteigerung und somit zur Hebung des Lebensstandards leisten, sowie für eine gleichmäßige Einkommensverteilung und damit Stabilisierung der Wirtschaft sorgen.
- Sie sollen ferner zur Solidarisierung, Aktivierung und geistigen Entwicklung der Bevölkerung beitragen, stellen eine Aufforderung zur Selbstorganisation

dar und sind ein wichtiges Instrument zur Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft³.

Schließlich wurde der Genossenschaftsentwicklung in dem bisherigen Fünfjahresplan ein hoher politischer Stellenwert zuerkannt.

II. DAS KUD-PROGRAMM: GENOSSENSCHAFTEN UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Nach der Entmachtung Sukarnos und der Übernahme der Macht durch die Armee 1966 wurde mit dem Beginn der "new order" unter General Suharto versucht, die Entwicklung des Landes besser zu planen und zu beschleunigen. So wurden die ländliche Entwicklung und die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zu prioritären Zielen der zu erstellenden ersten vier Fünfjahrespläne 1969-1989 erklärt. Diese politische Festlegung resultiert aus der katastrophalen Versorgungslage und den Hungersnöten in den letzten Jahren der Sukarno-Ära und dem damit verbundenen starken Anwachsen der kommunistischen Partei, deren Mitglieder und Sympathisanten wegen eines nie vollständig aufgeklärten Putschversuches zu Tausenden liquidiert wurden und die von der streng antikommunistisch ausgerichteten Regierung Suharto 1966 verboten wurde.

Als eine der ersten Maßnahmen wurde 1969 das BIMAS/INMAS-Programm gestartet, ein nationales Projekt zur Intensivierung und Verbesserung der Reisanbaumethoden⁴, um die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zu verbessern und zusätzlich die Auffüllung der nationalen Lebensmittelreservelager voranzutreiben.

Als Mittel zur Beschleunigung und insbesondere zur Abwicklung der Reisan- und -verkäufe sowie zur Distribution von staatlichen "incentives" und "facilities" (Düngemittel, Saatgut, etc.) wurde 1971 ein Programm ins Leben gerufen, das später auch als "KUD-pattern"⁵ bezeichnet wurde und das sich in den Folgejahren immer mehr von den "general pattern" des Genossenschaftsgesetzes insbesondere von den dort festgeschriebenen genossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe und Selbstorganisation entfernte. Dieses Programm sah vor, den Wiederaufbau des in den Jahren zuvor durch umfangreiche politische Einflußnahme - als Folge des Genossenschaftsgesetzes Nr. 14/1965 - und Mißwirtschaft diskreditierten Genossenschaftswesens in Angriff zu nehmen. Konkret wurde geplant, mit dem Aufbau eines Netzes dörflicher Vielzweckgenossenschaften zu beginnen, deren instrumentaler Zweck, die Unterstützung des staatlichen BIMAS/INMAS-Programms, zunächst eindeutig im Vordergrund stand.

Dieses Ziel stand vor allem auch im Einklang mit den Forderungen des ersten

indonesischen Fünfjahresplans, REPELITA I 1969-1974, der eine spezielle Förderung des ländlichen Sektors, eine Verbesserung der Situation der Kleinbauern und anderer ökonomisch schwacher Gruppen der Gesellschaft sowie den Aufbau eines kooperativen Netzwerks forderte.

In den Folgejahren wurden plangemäß, ausgehend von der "Daerah Istimewa Yogyakarta"⁶ in Zentral-Java als Pilot-Projekt 41 BUUD⁷ gegründet, denen vorwiegend Dorfhonoratioren angehörten und die faktisch die Aufgabe hatten, die Gründung der KUD vorzubereiten und später in diesen aufzugehen.

Tatsächlich ergaben sich jedoch später vielfach Abgrenzungsprobleme zwischen beiden Organisationen, so daß sich die BUUD bei der Gründung einer KUD nicht wie geplant auflösten bzw. als Embryo der KUD fungierten oder mit den KUD verschmolzen. Daher wurde die Rolle der BUUD in die einer "guiding institution" dahingehend geändert, daß diese nun Beratungs- und Förderungsaufgaben bezüglich der KUD wahrzunehmen hat. Aufgrund dieser engen Verknüpfung bezeichnen sich auch heute noch Genossenschaften als BUUD/KUD⁸.

Die Aufgaben der KUD wurden zunächst im Präsidentenerlaß Nr.4/1973⁹ festgelegt. Die KUD sollten die existierenden ländlichen Genossenschaften integrieren und dann als ländliche Vielzweckgenossenschaften den Ankauf, die Verarbeitung (z. B. durch Reismühlen und Trockenplätze) und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte (vor allem Reis, Mais und Kassava), die Verteilung von Krediten, die Bereitstellung landwirtschaftlicher Inputs (Dünger, Pestizide, Saatgut) und eines landwirtschaftlichen Beratungsservices leisten. Hinzu kam als weitere Aufgabe die Bereitstellung von Konsumgütern.

Dieses recht anspruchsvolle Programm konnte von den KUD in der Anfangsphase nicht erfüllt werden. Dies in Rechnung stellend wurde die Aufgabenpalette der KUD in praxi reduziert. Es verblieb die Aufgabe, das BIMAS-Programm durch Reisankauf und -vermarktung zu unterstützen, die anderen Funktionen wurden der örtlichen Genossenschaftsbürokratie bzw. den örtlichen Volksbankfilialen der Bank Rakyat Indonesia¹⁰ übertragen oder von privaten Händlern erfüllt.

Jedoch auch trotz der Aufgabeneinschränkung konnte diese Funktion wegen fehlenden know-hows und mangelnder Motivation von Genossenschaftsfunktionären und -mitgliedern vielfach nur ungenügend wahrgenommen werden¹¹.

Abgesehen von der in der Historie begründeten Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem neuen staatlich geförderten Genossenschaftstyp, schien die Regierung durch eine unüberlegte Politik Anfang 1973 im Anschluß an eine katastrophale Reisernte das ambitiöse KUD-Konzept schon in der Anfangsphase zu gefährden¹².

Aufgrund der Rückschläge und vor allem wohl auch regierungsinterner Kritik¹³ wurde den KUD aber schon Mitte 1973 größere Bewegungsfreiheit bei ihrer

Entwicklung zugestanden. Mit der Aufnahme des BUUD/KUD-Programms in den zweiten Fünfjahresplan, REPELITA II 1974-1979, wurden diese Genossenschaften in Hinblick auf eine Stärkung und Erweiterung ihrer Unternehmensaktivitäten stärker finanziell gefördert und mit umfangreichen Fazilitäten ausgestattet, was im Verlauf der folgenden Jahre wohl positive Auswirkungen auf die Zahl der Neugründungen hatte, jedoch aufgrund der Tendenz zur staatlichen Überförderung und Bevormundung dem Selbsthilfecharakter abträglich war.

Der Stellenwert der Genossenschaften im Rahmen der politisch-ökonomischen Planung steigt seit diesem Zeitpunkt ständig. Die KUD bleiben weiterhin wichtiger Faktor der staatlichen Reispolitik.

Mit Krediten, die nicht abgesichert zu werden brauchen und durch die örtlichen Volksbankfilialen (BRI) zur Verfügung gestellt werden, wird der Reis zu staatlich festgelegten Preisen von den Genossenschaftsmitgliedern angekauft, in der genossenschaftseigenen Reismühle, die mit Staatskrediten finanziert wurde, von Spelzen gereinigt und poliert und zum größten Teil an die staatlichen Aufkauf- und Vorratsstellen BULOG/DOLOG¹⁴ weiterverkauft. 1973 bis 1981 wurde in koordinierten Aktionen rund 74 % des angekauften Reises an DOLOG abgeliefert. Damit fungieren die KUD in vielen Fällen als eine quasi-staatliche Reisankaufagentur, als eine Art Sub-DOLOG.

Kredite für Reismühlen, Trockenplätze, Lagerhallen etc. werden über das 1971 gegründete "Institute to Guarantee Co-operative Credits" (LJKK) abgesichert.

Ferner ist eine bestimmte Anzahl der KUD seit 1976 mit der Abwicklung eines Kleinstkreditprogramms betraut, das zwar formal für Kleinhändler bestimmt ist¹⁵, praktisch aber von jedem Dorfbewohner, der mit Inanspruchnahme automatisch Genossenschaftsmitglied wird, genutzt werden kann.

III. POLITISCHE VORGABEN FÜR DIE GENOSSENSCHAFTSENTWICKLUNG NACH 1978

Entscheidende Bedeutung bezüglich der Weiterentwicklung des KUD-Programms, insbesondere auch im Hinblick auf die Aufstellung des dritten indonesischen Fünfjahresplans, REPELITA III 1979-1984, kommt dem Präsidentenerlaß Nr. 2/1978¹⁶ zu, der eine Neuorientierung der KUD-Aufgaben einleitete und allgemein auch noch heute als das entscheidende politische Dokument in diesem Bereich angesehen wird.

Die KUD sollen hiernach nicht länger Einzweckgenossenschaften zur Abwicklung des BIMAS-Programms sein, sondern, wie im Genossenschaftsgesetz von 1967 vorgegeben, eigenständige Funktionen bei der Erfüllung des nationa-

len Ziels der Stärkung der Wirtschaft, insbesondere des ländlichen Raumes, übernehmen.

Damit sollen die KUD zum ökonomischen Dienstleistungszentrum der jeweiligen Region entwickelt werden¹⁷, mit dem Hinweis, daß jeder im Geschäftsbereich, der Dienste von dieser in Anspruch nimmt, Mitglied werden muß.

Etwa zeitgleich mit dem Präsidentenerlaß 2/1978 verabschiedete das indonesische Parlament eine Verordnung¹⁸, mit der es die 1977 formulierten Ausführungen über mittel- und langfristige politische Planung formal in Kraft setzte. Diese GBHN¹⁹ stellen insbesondere Rahmenrichtlinien für den Zeitraum des dritten Fünfjahresplans dar, legen aber auch allgemeine Ziele für die Planung der nächsten 25 bis 30 Jahre fest.

Das Genossenschaftsprogramm für den dritten Fünfjahresplan wird hierin folgendermaßen formuliert: "In the implementation of economic development in the various sectors, cooperatives should be given a wider role in carrying out its activities. In this regard, priority should be given to the enhancement of the capabilities of BUUD/KUD (...) and other primary cooperatives will be increasingly greater in stepping up the socio-economic life of the society"²⁰. Diese mehr allgemeinen Ausführungen der GBHN bilden zusammen mit dem Präsidentenerlaß 2/1978 die Richtschnur für die im dritten Fünfjahresplan, REPELITA III 1979-1984, enthaltenen Zielvorstellungen für die Genossenschaftsentwicklung²¹, die in ein Programm mit folgenden Schwerpunkten münden:

- 1) Förderung der Eigeninitiative der Genossenschaften, insbesondere der KUD, durch eine Verbesserung der Organisationsstruktur und des Managements. Die negativen Auswirkungen der Ausweitung des Einzugsbereichs der einzelnen Genossenschaften und damit der wachsenden Anonymität der Mitgliedsbeziehungen soll aufgefangen werden durch die Einrichtung von aktivitätsorientierten Untergruppen, deren gewählte Leiter die Beziehungen zur KUD-Zentrale aufrecht erhalten und als Vertreter ihrer Gruppen deren Interessen in der Generalversammlung repräsentieren sollen.

Verbesserungen sollen erreicht werden durch:

- die Gewährung staatlicher Hilfen zur Gründung von Zweigstellen und zur geschäftlichen Expansion (Bereitstellung von Lagerräumen, Trockenplätzen, Verkaufsstellen etc.),
- die Bereitstellung von qualifizierten Managern und Personal,
- gezielte Ausbildungsmaßnahmen zur Erhöhung des know-hows von Managern, Vorstand und Aufsichtsrat,
- den Aufbau eines Beratungsservices für die Bereiche Management, Rechnungs- und Prüfungswesen und
- die Bereitstellung von Krediten zu günstigen Konditionen.

- 2) Stärkung der Rolle der Genossenschaften im Rahmen des nationalen Ent-

wicklungsprogramms. Hier sollen vor allem Fazilitäten zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des genossenschaftlichen Sektors sowie Mittel für eine breite Informierung der Bevölkerung bereitgestellt werden.

- 3) Stärkung von Kooperation und Integration durch die Förderung der Zusammenarbeit der Genossenschaften mit Banken, Regierungsinstanzen und Privatfirmen und die Unterstützung des Aufbaus genossenschaftlicher Organisationen auf Sekundär- und Tertiärebene.

Die Implementierung des Gesamtprogramms soll in Form von zwei "Grundprogrammen und mehreren Stützprogrammen" erfolgen. Während die Grundprogramme die erwähnten Ziele lediglich etwas spezifizieren, soll durch die Stützprogramme vor allem die Tätigkeit der Genossenschaftsbehörde verbessert und effizienter gestaltet werden.

Quantitatives Ziel des Plans ist die Weiterentwicklung von 3 500 KUD bis 1984 entsprechend der genannten Zielsetzungen zu sog. Modell-KUD, wobei als Qualifikationskriterien die "tiga sehat" (drei Ordnungsmäßigkeitskriterien) zur Verfügung stehen: Ordnungsmäßigkeit der Organisation, richtige Einstellung des Vorstands und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit (vor allem Orientierung an den Mitgliederinteressen, Verbesserung des Wohlstandes der Mitglieder und Erhöhung der Eigenkapitalausstattung)²².

IV. DIE ROLLE DER GENOSSENSCHAFTEN IM ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNGSPROZESS

Nach der durch das Genossenschaftsgesetz von 1967 erfolgten Neufestlegung der Kriterien für Genossenschaften und der implizit beabsichtigten Verringerung der Anzahl der Genossenschaften stiegen Genossenschafts- und Mitgliederzahlen in den Folgejahren wieder kontinuierlich an (s. Tabelle 1).

Im gleichen Zeitraum wuchs auch der Einfluß des Staates auf das Genossenschaftswesen. Dies zeigt sich zum einen in der Flut von Erlassen, die von der Genossenschaftsbehörde, vor allem als Folge auf den Präsidentenerlaß 2/1978, zur Regelung der staatlichen Förderung und der genossenschaftlichen Funktionen für nötig erachtet wurden²³, wie auch in der Bedeutung, die den Genossenschaften in der staatlichen Entwicklungsplanung zukommt und schließlich auch in dem zur Verfügung gestellten Budget (s. Tabelle 2).

Rahardjo führt hierzu folgendes aus: "But with the production of laws, government regulations and presidential decrees, cooperatives were forced by these outside influences to bring themselves to order. This was implemented so that the government could utilize cooperatives to support its economic policies and its expanding development programs. In other words, the cooperative movement was placed firmly within the macro-political-economic framework"²⁴

Tabelle 1: Entwicklung der Genossenschaften nach 1967

	Genossen- schaften	davon KUD	Mitglieder in Mio	davon KUD-Mit- glieder in Mio
1968	9 338	-	-	-
1969	13 949	-	-	-
1970	16 263	-	2,9	-
1971	16 755	-	2,8	-
1972	18 054	633	2,8	-
1973	19 795	2 361	3,0	-
1974	23 200	3 119	4,8	-
1975	23 679	3 551	7,4	-
1976	23 214	3 870	3,8	2,3
1977	19 430	4 047	4,5	3,0
1978	17 430	4 444	4,7	3,1
1979	17 625	4 532	5,8	4,0
1980	19 136	4 710	6,8	4,5
1981	21 184	5 176	8-10	-
1982 (bis 31. 3.)	21 873	5 262	-	-

Quellen: Bahan Lampiran Pidato Kenegaraan President Republic Indonesia Tanggal 16 August 1982 - Bidang Perkoperasian; unveröffentl. Papier, Juni 1982 (Anlage Genossenschaften zur Rede des Präsidenten anlässlich des Unabhängigkeitstages 1982), S.40 ff.; Laporan Tahunan Direktorat Jenderal Koperasi 1980/1981, S.207 ff.; Dawam Rahardjo: Development Policies, a.a.O., S.5; Directorate General of Cooperatives: Statistics of Cooperatives Societies in Indonesia 1976, 77, 78, 79, 80. Die KUD-Angaben umfassen registrierte und noch nicht registrierte Genossenschaften. Die Zahl der echten Mitglieder, d.h. derjenigen, die zumindest ihren Geschäftsanteil eingezahlt haben, beträgt ca.30 %, die restlichen Mitglieder werden als Anwärter (calon) betrachtet²⁵.

Tabelle 2: Genossenschaftsbudget

Jahr	Mrd.Rp.	Jahr	Mrd.Rp.	Jahr	Mrd.Rp.
1969/1970	0,8	1978/1979	9,5	1980/1981	26,9
1973/1974	2,3	1979/1980	13,7	1981/1982	37,8
1977/1978	6,9				

Quelle: Soedjono, I.: The Role of State in cooperative development and the role of cooperatives in socio-economic development; unveröff. Seminarvortrag für: Training Workshop on Cooperatives by DEKOPIN/ACO in Jakarta, 9.-18.6.1981, S.11 (1000 Rp. = ca. DM 3.50).

Grundsätzlich ist diese Entwicklung also vor allem mit der zunehmenden Bedeutung, die den Genossenschaften im nationalen Entwicklungsprozeß zuerkannt wird, mit der Erkenntnis ihrer zunehmenden Instrumentalisierbarkeit und Mobilisierbarkeit für die Durchsetzung von vor allem quantitativen Zielsetzungen im ruralen Raum zu erklären:

- Durch die Schaffung ländlicher Arbeitsplätze soll die Migration in die Städte verringert werden²⁶.
- Die KUD sollen den "produktionstechnischen Fortschritt" auf Dorfebene durchsetzen und somit dazu beitragen, die dörfliche ökonomische Struktur zu verbessern. Allgemein sollen sie so die Schaffung von Bedingungen erleichtern, die für den Übergang in einen "moderneren" Staat als notwendig erachtet werden²⁷.
- Durch ihre Mithilfe bei der Durchsetzung eines Basispreissystems für Grundnahrungsmittel sollen die KUD den Industrialisierungsprozeß unterstützen, indem so die Lebensmittelpreise für die städtische Bevölkerung niedrig gehalten werden können "thereby helping industries to reduce its costs of production by keeping wage down while also providing a steady supply of cheap raw materials from agricultural sector"²⁸.

Schließlich ist auch die sprunghaft wachsende landwirtschaftliche Produktion, die u.a. schon 1981 zur de facto Selbstversorgung Indonesiens mit dem Hauptnahrungsmittel Reis führte²⁹ zu einem großen Teil auf die ja vorwiegend über die KUD im Rahmen des BIMAS/IMMAS-Programms abgewickelte Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit neuartigem Saatgut, mit Kunstdünger und Insektiziden sowie auf die garantierten Reisaufkaufpreise zurückzuführen. Besonders eindrucksvoll nimmt sich in diesem Zusammenhang die jüngste Entwicklung der Reisablieferungsmengen an DOLOG aus.

Tabelle 3: Reisablieferungen an DOLOG

Jahr	KUD Reisverkauf an DOLOG (in Tsd.to)	Non-KUD Reisverkauf an DOLOG (in Tsd.to)	Ges. nationaler Reisankauf von DOLOG (in Tsd.to)	KUD Anteil in %
1973/74	198	72	270	73
1974/75	349	181	530	66
1975/76	369	170	539	68
1976/77	216	176	392	55
1977/78	212	210	422	50
1978/79	277	590	867	32
1979/80	235	96	331	71
1980/81	1.446	137	1.583	91

Quelle: Laporan Tahunan Direktorat Jenderal Koperasi 1980/81, S.90.

Der Anteil der KUD bei der Versorgung der nationalen Reisvorratslager erhöhte sich damit 1980/81 auf über 90 %, die Versorgung der nationalen Reservelager mit anderen Grundnahrungsmitteln wie Mais und Sojabohnen wurde 1980 schon zu 100 % über die KUD abgewickelt³⁰, der Anteil der über die KUD abgesetzten Erdnüsse, Nelken und des Rohrzuckers steigt laufend. Zudem soll Schritt für Schritt das gesamte Reismühlengeschäft über die KUD laufen³¹, außerdem werden Genossenschaften verstärkt in den Export von Agrarprodukten eingeschaltet³².

Die Genossenschaften spielen damit in dem Konzept zum Aufbau und der Entwicklung des Landes als Rückgrat der Wirtschaft eine zu bedeutende Rolle, als daß der Staat eine langsame stetige Entwicklung, einen bottom-up-approach, auf der Grundlage der Genossenschaftsprinzipien, meint zulassen zu können. Vielmehr wuchs parallel mit der wachsenden ökonomisch-politischen Bedeutung des Genossenschaftssektors auch der Einfluß des Staates auf die Genossenschaften, realistische Vorstellungen über eine Verringerung der Einflußnahme existieren noch nicht.

V. WACHSENDER STAATSEINFLUSS AUF DEN GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Formelle Grundlage des umfangreichen staatlichen Einflusses ist das derzeitige Genossenschaftsgesetz, das zwar einerseits die Genossenschaftsprinzipien betont, andererseits aber den Staat zur Führung und Beaufsichtigung des Genossenschaftswesens verpflichtet: "without curtailing the rights and duties of the cooperatives and without effect on their independence, the Government shall promulgate regulations to formulate and carry out a policy on developing guidance, rendering facilities, protection and inspiration of all activities of the cooperatives"³³.

Genossenschaftliche Unabhängigkeit ist bei gleichzeitiger umfassender staatlicher Kontrolle allerdings wohl kaum erreichbar, zumal in Indonesien, insbesondere im KUD-Bereich, die Möglichkeiten staatlicher Interventionspolitik voll genutzt werden. Daß diese Politik aufgrund mangelnder Sachkompetenz vor allem in den Provinzen etwa im Prüfungs- und Kontrollbereich oder in der Managementberatung in vielen Fällen bloß Makulatur blieb, war nicht vorgesehen und soll in der zweiten Hälfte der REPELITA III-Periode auch entscheidend geändert werden.

Begründet wird dieser Ansatz vor allem mit der limitiert zur Verfügung stehenden Zeit, in der sich eine bestimmte geplante Entwicklung zu vollziehen habe. Dies schaffe andere Voraussetzungen als sie etwa in Europa im 19. Jahrhundert bestanden haben. "Idealistische" Vorstellungen einer Genossenschaftsentwicklung ausgehend von der Basis werden daher aufgrund mangelhafter sozialer und ökonomischer Bedingungen in den ländlichen Gebieten als nicht praktikierbar angesehen. Hinzu komme, daß in Indonesien, wie auch in vielen

anderen Entwicklungsländern, die Bedeutung von Genossenschaften von der Bevölkerung häufig nicht verstanden werde, daraus ergebe sich dann ebenfalls die Notwendigkeit einer staatlichen Förderung und die Verantwortung für den Staat, die Initiative beim Genossenschaftsaufbau zu ergreifen³⁴.

Der Staat sieht sich also, unter Erfolgsdruck stehend, gezwungen zu handeln, um Entwicklungskonzepte durchzusetzen, die in der Vergangenheit durchaus erfolgreich waren, allerdings zu einer Konterkariierung der genossenschaftlichen Prinzipien und des Selbsthilfecharakters führten.

Das Genossenschaftswesen wird damit zum bedeutenden Transmissionsriemen für die Vermittlung staatlicher Entwicklungsvorstellungen, oder anders: Genossenschaften werden vor allem instrumental zur Erreichung staatlicher Zielvorstellungen eingesetzt.

Insbesondere die KUD haben daher bis heute nicht die Chance gehabt, sich selbstständig von der Basis her zu entwickeln.

Zumindest in der jetzigen Phase können sie daher eher als Fremdhilfe- denn als Selbsthilfeorganisationen bezeichnet werden. Sie sind eine Art staatlich initiiertes und kontrolliertes ländliches Entwicklungsagenturen, deren Funktion weniger in der Mobilisierung von Selbsthilfe, als in der gezielten Verwendung staatlicher Mittel zur Durchführung spezieller staatlicher strategischer Entwicklungsvorstellungen besteht.

Trotz imponierender Umsatzzahlen, das Geschäftsvolumen liegt bei derzeit 1,6 Mrd. Rupiah³⁵, und des Anstiegs der Mitgliederzahlen sind sonstige Erfolge wie Organisierung der ländlichen Bevölkerung, Implementierung demokratischer Vorstellungen, Stimulierung von Selbsthilfeaktionen, obwohl erklärtes Ziel auch des Genossenschaftsgesetzes, ausgeblieben.

Eine engagierte Beteiligung der Mitglieder oder auch nur ein Mitgliedsgefühl gegenüber der "eigenen" Genossenschaft sind bislang ebenfalls nicht erkennbar, was neben dem Staatseinfluß auch darin begründet sein könnte, daß für das einfache Mitglied häufig kaum Mitgliedervorteile erkennbar sind, daß im genossenschaftlichen Leistungsangebot häufig noch nicht einmal Preisdifferenzierungen für Mitglieder und Nicht-Mitglieder vorgesehen sind und nur eine kleine Minderheit von Landbesitzern überproportional von Vorteilen, die die Genossenschaft für sie bietet, profitiert. Kleinbauern betrachten KUD daher auch häufig lediglich als staatliche Institution, der sie ihren Reis abliefern. Da die Genossenschaft von sich aus in vielen Fällen keine weiteren Leistungen anbietet, entfällt damit auch eine engere Beziehung zwischen "Mitgliedern" und der Genossenschaft.

Die Mitgliederzahlen selbst erscheinen zumindest bei den KUD unrealistisch. In erheblichem Umfang wurde von den "Mitgliedern" noch nicht einmal der bescheidene Geschäftsanteil von im Schnitt 500.- bis 1 000.- Rupiah eingezahlt, Mitgliedschaften wurden vielfach durch evtl. weit zurückliegende geschäftliche Transaktionen mit der Genossenschaft begründet.

Der gewünschte Eigenkapitalaufbau wird behindert durch die exzessive Förderungspolitik sowie andererseits durch die Verpflichtung der KUD, zur Durchführung des Reis- oder Düngemittelgeschäfts, ohne daß durch den Staat immer für eine angemessene Spanne zwischen den fixierten An- und Verkaufspreisen gesorgt wird.

Ein weiterer entscheidender Schritt in Richtung auf eine noch stärkere "Offizialisierung" des Genossenschaftswesens wurde mit der Ernennung eines Juniorministers für Genossenschaften Anfang 1978 unternommen, der verantwortlicher Koordinator für die Intensivierung des KUD-Programms ist, während dem Generaldirektorat für Genossenschaften, das derzeit ebenfalls dem Ministerium für Handel und Genossenschaften untergeordnet ist, vor allem die administrative Kontrolle in diesem Bereich verbleibt.

Im April 1983 wurde im Zuge einer größeren Kabinettsumbildung der bisherige Juniorminister, Bustanil Arifin, Chef eines neugeschaffenen Genossenschaftsministeriums, das Juniorministerium wurde aufgelöst. Dies bedeutet vor allem eine weitere Verstärkung des Regierungseinflusses auf die Genossenschaften.

Die Intensivierung des KUD-Programms zielt vor allem auf eine umfangreiche Förderung von 3 500 zu entwickelnden "Modell-KUD", die sich durch einen höheren Grad an "self-reliance" auszeichnen.

Tabelle 4: Entwicklung der Anzahl der Modell-KUD

Jahr	Modell-KUD Anzahl
1980	720
1981	1 326
1982 (Mai)	1 799

Quelle: Generaldirektorat für Genossenschaften

Die geplanten Förderungsmaßnahmen unterscheiden sich naturgemäß nicht von den in REPELITA III aufgezählten und umfassen somit die Förderung

- ökonomischer Faktoren (Kredite, Hilfsmittel, Preisgarantien, Kapitalbildung),
- infrastruktureller Faktoren (Transport, Kommunikation, Elektrizität, etc.),
- technologischer Faktoren und
- Organisation und Management³⁶.

Auch hier steht also die Versorgung, diesmal einer bestimmten Anzahl von KUD, mit Fazilitäten im Vordergrund, wobei diese Politik der Fremdhilfe durch den Staat erklärtermaßen das Vertrauen in die eigenen Kräfte der KUD fördern soll.

Der Juniorminister als Koordinator des Programms wird von einer Arbeitsgruppe (Central POKJA KUD) unterstützt, die von seinem Generalsekretär geleitet wird. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es vor allem, die Genossenschaftspolitik in Planung und Ausführung zu koordinieren und zu kontrollieren (funktionale Kontrolle).

Für die direkte Ausführung bleibt weiterhin das Generaldirektoriat für Genossenschaften und hier insbesondere das Project Development Office (PDO) verantwortlich, das vom zuständigen Direktor für Organisation und Managemententwicklung geleitet wird (BINOR) (Operationale Kontrolle). Anfang 1982 wurde die PDO-Leitung an einen Mitarbeiter des Direktoriums delegiert.

Zusätzlich wurde im Generaldirektoriat ein "Steuerungsgremium für den Aufbau und die Entwicklung der KUD" (UP3KUD)³⁷ gegründet, dessen Funktion vor allem in der operativen Planung des Grundprogramms besteht.

Zur Erreichung eines der wichtigsten Planziele, der Verbesserung des know-how der Genossenschaftsfunktionäre, wurden zunächst genossenschaftliche Trainingszentren in bislang 26 der 27 Provinzen eingerichtet³⁸, die zum Teil über eigene Trainer verfügen. Allerdings sind Ausbildung und Qualifikation der Trainer sowie die Ausstattung der Zentren zum Teil noch nicht zufriedenstellend.

Offensichtlich werden aber die Möglichkeiten, über einen Ausbildungsprozeß größere Effizienz im Genossenschaftsbereich zu erreichen, von den Verantwortlichen selbst als nicht allzu hoch eingeschätzt. Es wurde daher kürzlich beschlossen, die Effizienz insbesondere der Modell-KUD durch die Einstellung von ca. 4 000 qualifizierten Staatsangestellten als Manager und Submanager zu erhöhen³⁹.

Die Bezahlung soll z. T. durch die Genossenschaften selbst vorgenommen werden. Ausgangspunkt für diese einschneidende Maßnahme war u. a. auch die Überlegung, daß der ländliche Bereich kein Potential zur Rekrutierung fähiger Manager darstelle⁴⁰. Daß diese bislang noch nicht in Angriff genommene Maßnahme die Motivation zur Selbsthilfe in den KUD noch weiter senken und die Abhängigkeit der KUD von der Genossenschaftsbehörde steigern wird, liegt auf der Hand.

Sie macht zudem auch deutlich, warum nun auch von Regierungsseite die Genossenschaften in staatliche (state run) und private differenziert werden⁴¹, während vorher nur KUD und Genossenschaften unterschieden wurden, ohne deren unterschiedliche Natur und Entwicklung näher zu charakterisieren.

Dieser ständig zunehmende Einfluß des Staates auf den Genossenschaftsbereich soll jedoch nur eine vorübergehende Erscheinung bleiben. Das in letzter Zeit von Ibnu Soedjono wiederholt vorgestellte 3-Stufen-Konzept⁴² sieht nach der ersten Offizialisierungsphase eine zweite Deoffizialisierungsphase vor, in der der zuvor permanente Staatseinfluß auf die Genossenschaften schrittweise reduziert wird.

Während in der ersten Phase das Budget vor allem aus Regierungsquellen stammte und die Förderung der KUD mit Fazilitäten und subventionierten Agrarinputs im Vordergrund stand, sollen in der zweiten Phase aufgrund der zuvor gewährten Staatshilfe und eines sich verstärkenden Eigenkapitalaufbaus die KUD beginnen, sich auf eigene Beine zu stellen.

In der anschließenden dritten, der Autonomiephase, sind aus den KUD echte Selbsthilfeorganisationen geworden, die autonom agieren. Es existiert ein ausreichender Kapitalstock und ein effizientes Management. Als Folge eines Beginns horizontaler und vertikaler Kooperation in der zweiten Phase besteht nun ein horizontales Netzwerk miteinander kooperierender Primär-genossenschaften sowie eine dreistufige Vertikalorganisation. In dieser Phase soll kein Unterschied mehr zwischen den "KUD pattern" und den "general pattern" bestehen.

Schaubild 1: 3-Stufen-Konzept

Stufe	Benennung	Ziel	Staats- einfluß	Einfluß der Genossen- schaften
1	Offizialisierung (Bürokratisierung)	Rehabilitation des Genossenschaftsimages		
2	Deoffizialisierung (Debürokratisierung)	Konsolidierung des Genossenschaftswesens		nimmt kontinu- ierlich
3	Autonomie	Selbständige Weiterentwicklung	ab	zu

Konkrete Zeitvorstellungen für die jeweilige Phasendauer existieren nicht, jedoch wird die Auffassung vertreten, daß sich jetzt, 1982, nach 10jähriger Praktizierung der "KUD pattern", die meisten KUD im Übergang zur zweiten Phase befänden⁴³.

Das Paradoxon des gerade in dieser angeblichen Übergangsphase wachsenden Regierungseinflusses wird damit erklärt, daß die jetzige Periode eine Schlüsselstellung für den Erfolg des KUD-Konzepts darstelle, insbesondere auch deswegen, weil die KUD bislang an eine umfangreiche Stützung und Förderung durch die Regierung gewöhnt seien und damit die Motivation und Voraussetzung für eine "Überführung in selbständige demokratische und autonome Organisationen" derzeit noch zweifelhaft seien. Wenn auch angesichts einer sich verschlechternden Zahlungsbilanz Probleme bei der Finanzierung des Staatshaushalts auftreten dürften (ein großer Teil der Staatseinnahmen stammt aus

den Ölexporten) und damit finanzielle Förderungsmöglichkeiten reduziert werden dürften, so ist unter Berücksichtigung des politischen Stellenwerts der ländlichen Entwicklung und der existierenden Genossenschaftsbürokratie die Realisierung des Gesamtkonzepts zu bezweifeln, zumal sogar für die noch in weiter Ferne liegende dritte Phase die Regierung sich die Möglichkeit einräumt, die KUD weiterhin als Mittel zur Verwirklichung von Entwicklungsstrategien einzusetzen⁴⁴.

Grundsätzlich bezieht der Staat seine Führungsrolle auf alle Genossenschaften, die KUD und die nicht-staatlichen Genossenschaften. Wegen der Bedeutung des KUD-Programms, das fast alle finanziellen Förderungsmittel absorbiert, ist der direkte Einfluß der Behörde auf die privaten Genossenschaften jedoch als relativ gering einzuschätzen. Allerdings bestehen interdependente Beziehungen zwischen beiden Gruppen aufgrund der Realisierung der "KUD pattern". So tauchen beispielsweise Probleme auf, wenn Ziele und Zielgruppen beider Genossenschaftstypen ähnlich sind, bzw. wenn sie in ihrem Leistungsangebot konkurrieren.

In diesen Fällen können private Genossenschaften gezwungen werden, ihre Aktivitäten einzuschränken oder den regionalen Arbeitsbereich zu verkleinern. Dies führt sogar so weit, daß die KUD die einzigen genossenschaftlichen Organisationen auf Dorfebene zu sein haben, ähnlich orientierte Organisationen müssen sich auflösen oder mit den KUD verschmelzen⁴⁵. Insbesondere darf auch nicht übersehen werden, daß traditionelle Formen der Selbsthilfe, schon lange existierende Selbsthilfegruppen (wie etwa die "Kelompok Tani" in Nord-Sumatra), Selbsthilfegruppen mit ähnlichen Zielvorstellungen (wie etwa die "Bersama Usaha") oder private Genossenschaften in ihren Aktionen empfindlich gestört werden bzw. durch die politisch-ökonomische Unterstützung der KUD in Existenzschwierigkeiten geraten können.

Ferner führt die Ungleichbehandlung etwa bei der Versorgung mit Fazilitäten zu Unzufriedenheit unter den Mitgliedern der Nicht-KUD Genossenschaften. Auf die Anzahl der Genossenschaftsgründungen scheint dies allerdings keinen Einfluß zu haben, wie ein Blick auf Tabelle 1 zeigt.

Entsprechend den Prinzipien der indonesischen Staatsphilosophie Pancasila⁴⁶ zielt die indonesische Politik auf eine harmonische, ausgewogene Entwicklung des ganzen Volkes. Diese äußert sich u. a. in kooperativen Beziehungen zwischen den verschiedenen ökonomischen Sektoren und Gruppen und schließt die bewußte Herbeiführung oder auch Tolerierung von Konkurrenz- und Wettbewerbssituationen auch als Mittel zur Leistungssteigerung aus. Dies gilt jedoch nicht in Bezug auf die Bekämpfung unerwünschter Einflüsse bzw. schon bestehender Dominanzen oder Monopolstellungen. So wird beispielsweise eine wichtige Funktion der KUD's in der ostindonesischen Provinz Nusa Tenggara Timur darin gesehen, den Einfluß der chinesischen Händler auf Dorf- und Bezirksebene auszuschalten. Dies soll dadurch geschehen, daß den Händlern zunächst direkte Geschäfte mit der Dorfbevölkerung per Dekret untersagt werden und die KUD in ihren Bereichen ein Aufkauf- und Vermarktungsmono-

pol erhalten. Als "bargaining power" sollen sie dann direkt mit den Händlern über Preise und Konditionen verhandeln. Andererseits sollen die Geschäfte der KUD auch auf ihre Bezirke beschränkt bleiben, Geschäfte auf Distrikt-ebene sind ausschließlich den privaten Händlern vorbehalten⁴⁷.

Diese Abgrenzung der Einflußsphären der verschiedenen ökonomischen Sektoren wird im Sinne der Pancasila-Ökonomie als Kooperation zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft interpretiert.

Insbesondere bei der Durchführung des obigen Konzepts werden hier jedoch allgemeine Probleme bezüglich der monopolistischen Ausnutzung von Macht aufgeworfen. Zudem entstehen unkontrollierbare Korruptionsmöglichkeiten für die Verhandlungsführer der "bargaining power", auch dann, wenn - wie geplant - Vertreter des Staates an den Preisverhandlungen teilnehmen.

VI. ZUSAMMENFASSUNG

Das zu Beginn der "new order" unter General Suharto erlassene Genossenschaftsgesetz von 1967 bildet die derzeit gültige rechtliche Grundlage der Genossenschaftspolitik Indonesiens. Genossenschaften sollen hiernach neben einem privaten und staatlichen Sektor zu einem dominierenden Sektor der Wirtschaft ausgebaut werden und als solcher wichtige gesamtwirtschaftliche Ziele - wie Produktionssteigerung im ländlichen Bereich, Hebung des Lebensstandards, gleichmäßige Einkommensverteilung und Demokratisierung der Wirtschaft - mit realisieren helfen. Dem Staat wird dabei eine wichtige Rolle bei der Förderung und Überwachung eingeräumt.

Neben die im Genossenschaftsgesetz festgelegten "general pattern", die eine Selbstorganisation der Mitglieder auf der Grundlage der Genossenschaftsprinzipien vorsehen, treten im Rahmen der staatlichen Genossenschaftspolitik zusätzliche "KUD-pattern". Diese sehen den Aufbau von Dorfgenossenschaften (KUD) vor, die zunächst vorwiegend die Aufgabe erhalten, im Rahmen staatlicher Förderungsprogramme für die Distribution von "farm inputs" und die Vermarktung von "farm outputs" zu sorgen. Mit der Aufstellung des dritten Fünfjahresplans für die Jahre 1979-1984 wurde dieses Konzept erweitert und die KUD in Vielzweckgenossenschaften umgewandelt, wobei die bisherigen Aktivitäten weiterhin Schwerpunkt bleiben, das regionale Arbeitsgebiet jedoch auf den Bezirk ausgedehnt wurde.

Insgesamt stieg die politische Bedeutung der Genossenschaften für den nationalen Entwicklungsprozeß weiter an; dies ist den Unterlagen zur Vorbereitung des dritten Fünfjahresplans (Präsidentenerlaß 2/1978, GBHN), dem Fünfjahresplan, REPELITA III, selbst und den Durchführungsverordnungen (u. a. Program Pembinaan dan Pengembangan KUD Tahun 1980-1984) zu entnehmen.

Tatsächlich spielten insbesondere die KUD eine zunehmend wichtigere Rolle bei der Erfüllung staatlicher Planziele: Die Reisablieferungsmengen der KUD an die staatlichen Einkaufs- und Vorratsstellen DOLOG stiegen stark an, die Versorgung der Bauern mit Saatgut, Mineraldünger etc. zu günstigen Preisen wurde verbessert, der Anteil der über die KUD abgesetzten Grundnahrungsmittel wächst ständig, zudem ermöglichte eine Reisaufkaufpolitik zu Festpreisen die Durchsetzung relativ stabiler Reispreise.

Diese Entwicklung wurde jedoch erreicht durch eine wachsende staatliche Einflußnahme auf den Genossenschaftssektor und eine auch als "Überförderung" apostrophierte Förderungspolitik der Regierung. Die KUD können daher bisher auch kaum als Selbsthilfeorganisationen bezeichnet werden, vielmehr stellen sie staatlich initiierte und kontrollierte ländliche Entwicklungsagenturen dar und sind als solche vorwiegend strategische Instrumente zur Durchsetzung staatlicher Entwicklungsprogramme. Ziele wie Demokratisierung der Wirtschaft, Aktivierung und Selbstorganisation der Bevölkerung wurden daher auch kaum erreicht.

Schritte auf dem Weg zu einer stärkeren Offizialisierung des Genossenschaftswesens waren die Ernennung eines Juniorministers für Genossenschaften neben dem schon seit längerem bestehenden Generaldirektorat für Genossenschaften unter dem Minister für Handel und Genossenschaften, sowie der Beschluß für einen Teil der bis 1984 zu entwickelnden 3 500 Modell-KUD Beamte als Manager abzuordnen. Nach einem "Drei-Stufen-Konzept" soll zwar der Einfluß des Staates schrittweise wieder abgebaut werden, angesichts der ergriffenen Maßnahmen und des weiteren Ausbaus der Genossenschaftsbürokratie sind allerdings bezüglich der Realisierung des Konzepts Zweifel anzumelden.

Es ist schwierig, den indonesischen Weg der Genossenschaftspolitik abschließend zu beurteilen. Es ist positiv zu bewerten, daß das Schwergewicht der ersten vier Fünfjahrespläne auf der Entwicklung des ländlichen Bereichs liegt, daß das Ziel der Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln - und damit der Importsubstitution - zu akzeptablen Preisen für Erzeuger und Konsumenten einen so hohen Stellenwert besitzt. Angesichts der Macht und des Einflusses örtlicher Händler und Geldverleiher ist es sinnvoll, daß Gegenstrukturen zur Verringerung der Abhängigkeit der Bauern und Kleinhändler geschaffen werden, die Leistungen auf den Gebieten Kreditvergabe, Beschaffung von Agrarinputs und Absatz von Agrarprodukten bereitstellen. Das massive Engagement des Staates bei der Förderung dieser Strukturen ist verständlich, wenn man die politischen Implikationen der noch Mitte der sechziger Jahre bestehenden Unterversorgung mit Nahrungsmitteln, die daraus resultierenden Hungerkatastrophen bedenkt und die damit verknüpften historischen politischen Konsequenzen in Betracht zieht. Schließlich ist auch der Aufbau ländlicher Entwicklungsagenturen bezüglich Zielsetzung und ökonomischem Erfolg ein durchaus interessanter Ansatz. Problematisch wird es allerdings, wenn dieser klassische top-down-approach vermengt wird mit Strategien und Zielsetzungen, die einen genossenschaftlichen Selbsthilfeansatz

realisieren wollen, der zudem noch das Fundament für die ökonomische Struktur des Landes entscheidend mitbestimmen soll.

Tatsächlich erscheint dieser genossenschaftspolitische Ansatz in keiner Weise geeignet, eine Selbsthilfementalität anzuregen, vielmehr führt die Vergrößerung der Genossenschaftsbürokratie und der wachsende staatliche Einfluß auf die genossenschaftlichen Organisationen, verbunden mit dem intensiven Einsatz staatlicher Förderungsmittel zu einer Empfängermentalität, die die Motivation zur Selbsthilfe erstickt. Kommen hierzu noch Manipulationspraktiken der Dorfhonoratioren, insbesondere in deren Funktionen als leitende Genossenschaftsangestellte bzw. Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder, die das herrschende traditionell-hierarchische soziale System begünstigt, Beamtenmentalität der staatlich bezahlten Manager, von der Förderungspraxis begünstigte Genossenschaftsbeamte und das Nicht-Vorhandensein von Mitgliedervorteilen, so steht zu befürchten, daß die prognostizierte Deoffizialisierung kaum realisiert werden dürfte.

Deoffizialisierung setzt, zumindest bei den KUD, Bedingungen voraus, die, wie oben ausgeführt, von diesen bislang nicht erfüllt werden. Die Deoffizialisierungsfähigkeit muß also bezweifelt werden. Es ist vielmehr zu befürchten, daß die geplante Reduzierung der finanziellen Förderung, u.a. auch aufgrund sinkender vorhandener Förderungsmittel, zu einem Zusammenbruch von KUD als Genossenschaften führen wird.

Daß sich hingegen Genossenschaften, läßt man ihnen nur genügend Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten, in Indonesien entwickeln können, zeigen die privaten Genossenschaften, die zum Teil mit respektablen wirtschaftlichen und sozialen Leistungen aufwarten können⁴⁸.

Anmerkungen:

- 1) v. Keussler, K.M.: Das BUUD-KUD-System. Ein genossenschaftlicher Beitrag zur ländlichen Entwicklung Indonesiens? in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen Bd. 28, H. 1, 1979, S. 42-49.
- 2) Dem zwar während der formalen Unabhängigkeit (seit 17.8.1945), aber unter erneuter holländischer Besatzung erlassenen Genossenschaftsgesetz Nr. 179/1949 folgte Gesetz Nr. 79/1958 und Gesetz Nr. 14/1965, das in der Endphase der Sukarno-Ära den seit Beginn der sechziger Jahre zu beobachtenden wachsenden Einfluß des Staates und der politischen Parteien auf die Genossenschaften festschrieb und förderte.
- 3) The Law on the Basic Regulations for Cooperatives in Indonesia, Nr. 12/1967.
- 4) BIMAS = Bimbingan Massal (Programm zur Anleitung der Massen): Ein Ende der sechziger Jahre begonnenes landwirtschaftliches Serviceprogramm, das

darauf basiert, den Bauern ein ihren Bedürfnissen entsprechendes subventioniertes Input- und Beratungspaket auf Kreditbasis zur Verfügung zu stellen und Reisaufkaufpreise zu garantieren.

INMAS = Intensifikasi Massal (Programm zur Intensivierung der Massen): Weiterentwicklung des BIMAS-Programms, durch das den Bauern weiterhin subventionierte Inputs zur Verfügung gestellt wurden, jedoch aufgrund des in der Zwischenzeit erreichten Einkommensniveaus auf Selbstfinanzierungsbasis. 1980 wurden diese Programme durch das neue INSUS-Programm abgelöst.

- 5) KUD = Koperasi Unit Desa (dörfliche Vielzweckgenossenschaften). S. zu KUD-pattern: Soedjono, I.: The Role of Government in the Development of the Cooperative Movement, unveröffentl. Seminarvortrag für: ILO-Workshop on Cooperative Training Policy in Jakarta, 26.-30.10.1980, S.7 f.
- 6) Daerah Istimewa = Sonderregion, vergleichbar einer Provinz.
- 7) BUUD = Badan Usaha Unit Desa (Vereinigung dörflicher Betriebseinheiten).
- 8) Soedjono, I.: The Pattern of Cooperative Development in Indonesia: in: Baldus, Hanel, Münkner (Hrsg.): Government Promotion of Cooperatives and other Self-Help Organizations for Rural Development; Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, Berlin 1981, Bd. 2, S.188, sowie: Decree Minister of Trade and Cooperatives No. 609/Kp/X/79 on Formation, Membership, Tasks/Authority and Responsibilities of BUUD and KUD, Jakarta 9.10.1979, insbes. Artikel 1 und 4.
- 9) Instruction of the President of the Republic of Indonesia, No.4/1973 concerning the Village Unit (INPRES 4/1973).
- 10) Die Bank Rakyat Indonesia (BRI) verfügte 1982 über ein Netz von 3 550 ländlichen Filialen. Bis Ende 1981 beliefen sich die kumulierten Kredite auf 1,5 Billionen Rupiah, von denen rund 80 % von 6 Millionen Kreditnehmern in Anspruch genommen wurden, die den ökonomisch schwachen Gruppen zuzurechnen sind. S. Indonesian Observer vom 19.6.1982.
- 11) Trotz geänderter Zielsetzung lag 1980 bei rund 55 % der KUD der Anteil der Reisvermarktung am Gesamtumsatz immer noch bei über 90 %. (Dies ist ein Ergebnis einer privaten unveröffentlichten Untersuchung des Verfassers.)
- 12) Um die Reispreise in den Städten stabil zu halten, wurden für die BUUD/KUD ein unter dem Marktpreis liegender Reisaufkaufpreis festgelegt und diesen gleichzeitig zu hohe Umsatzziele vorgegeben. Zur Durchsetzung dieser Ziele wurde z. T. Militär eingesetzt sowie Transaktionen zwischen den Provinzen und vereinzelt sogar zwischen den Distrikten (Kabupaten) verboten. Diese Maßnahmen führten logischerweise zu einer Verweigerungshaltung der Bauern, zu Schwarzmärkten etc. und zerstörten das gerade erwachende Vertrauen der ländlichen Bevölkerung erneut, s. hierzu: McCawley, P.: Survey of recent developments; in: Bulletin of Indonesian Economic Studies, Vol. IX No. 3, Nov. 1973, S.2-8.

- 13) So wies vor allem der als Vater der indonesischen Genossenschaftsbewegung bekannte Dr. Mohammed Hatta auf die Gefährdung des gesamten Genossenschaftskonzepts durch eine Politik, die das Vertrauen der Landbevölkerung in die BUUD/KUD völlig zu zerstören drohte, hin. Ebd., S. 5.
- 14) BULOG = Badan Urusan Logistik (Nationale Beschaffungsstelle). Bis Anfang 1983 war der Leiter Bustanil Arifin, der seit 1978 in Personalunion auch Junior-Minister für Genossenschaften war.
Ziel von BULOG ist die Garantie eines jederzeit genügenden Reisangebots, dem Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung, und die Sicherung stabiler Reispreise. Mittel zur Zielerreichung ist die Festsetzung von Reisaufkaufpreisen auf nationaler Ebene und die Anlegung von Reservelagern aus Reisimporten und - in zunehmendem Maße - örtlichen Reisaufkäufen durch die regionalen Aufkaufstellen DOLOG, die wiederum fast ausschließlich von den KUD beliefert werden; Transaktionen mit einzelnen Bauern finden nur im Ausnahmefalle statt.
- 15) Es handelt sich hier um das KCK-Programm (KCK = Kredit Candak Kulak), dessen individuelle Kredithöhe zwischen umgerechnet DM 15.- und DM 200.- schwankt.
- 16) Instruction of the President of the Republic of Indonesia; No. 2 Year 1978 (INPRES 2/1978).
- 17) Vgl. hierzu auch: Department of Trade and Cooperatives (Hrsg.): Programm Pimbinan dan Pengembangan KUD Tahun 1980-1984, Jakarta 21.1.1980. Hiernach sollen die KUD zum Sammelbecken für die Entfaltung ökonomischer Aktivitäten gemacht werden, sie sollen Zentren des Wachstums werden und das Entstehen einer verantwortungsbewußten Dörfbevölkerung fördern.
- 18) Decree of the People's Consultative Assembly of the Republic of Indonesia, No. IV/MPR/1978, on the Broad Outlines of the State Policy; abgedruckt in: Centre for Strategic and International Studies (Hrsg.) Dokumentasi: P4 and GBHN, 1. Aufl., Jakarta, Juni 1978.
- 19) GBHN = Garis-Garis Besar Haluan Negara (Broad Outlines of State Policy)
- 20) GBHN a.a.O., S. 49.
- 21) s. zu folgendem: REPELITA III 1979-1984, S. 253 ff.
- 22) Pedoman bersama Direktur Jenderal Koperasi dan Direksi Bank Rakyat Indonesia, No. 1290/DK/A/X/1979//23-DIR/10/1979 Art. 5; abgedruckt in: Directorate General of Cooperatives (Hrsg.): Bunga Rampai Peraturan Perkoperasian 1979.
- 23) s. hierzu auch die Aufstellung der allein 1979 erlassenen Dekrete, die jedoch nur eine Auswahl darstellen, bei: Baldus, R.: Government Promotion and the Development of Self-Help Organizations - Case Studies: Indonesia, Korea, Malaysia, Philippines and Thailand, in: Baldus, Hanel, Münkner (Hrsg.): Government Promotion of Cooperatives and other Self-Help Orga-

nizations for Rural Development, Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, Berlin 1981, Bd. 2, S. 189.

- 24) Dawam Rahrdjo: Development Policies and the Growth of Cooperatives in Indonesia; in: Prisma No. 23, Dec. 1981, S. 5.
- 25) Die hier verwendeten Quellen weichen, obwohl vom Generaldirektorat für Genossenschaften herausgegeben, zum Teil erheblich voneinander ab. In einzelnen Jahresberichten werden sogar unterschiedliche Zahlen parallel verwendet. Auch die Datensequenz in den verschiedenen Jahresberichten ist nicht konsistent. Die hier angegebenen Zahlen haben daher allenfalls den Charakter von groben Richtwerten. Aus diesem Grund wurde auch darauf verzichtet, hier die noch stärker eine offensichtlich problematische Datenerfassung reflektierenden Einzeldaten wie Geschäftsanteile, Spareinlagen, Eigenkapital oder Umsatzziffern wiederzugeben. Die häufigen Schwankungen bei der Anzahl der Genossenschaften resultieren vorwiegend aus unterschiedlichen Definitionen und Anerkennungskriterien für Genossenschaften im Zeitablauf aufgrund verschiedener sozialer, politischer und juristischer Ansichten jedoch auch aus der per Dekret festgeschriebenen Rolle der Genossenschaften im Entwicklungsprozeß: Je mehr diese hier Funktionen zu übernehmen hatten, um so größer wurde offensichtlich auch der Regelungsbedarf, um einheitliche Organisationsprinzipien durchzusetzen.
- 26) Insbesondere soll dies durch die KUD geschehen, die als Keimzellen ökonomischen Wachstums und Zentren der ökonomischen Aktivitäten auf Dorfebene angesehen werden. Vgl. Programme on guidance and development of KUD, period 1980-1984, 30 p.; unveröffentl. Schrift, o.J., ca. Anfang 1979.
- 27) Ebd. S. 6. Der Juniorminister für Genossenschaften bringt dies auf folgende Formel: "Je schneller die Genossenschaften sich entwickeln, desto schneller kann ein gleichmäßiger Wohlstand erreicht werden und desto schneller können Armut und Elend in den Dörfern beseitigt werden", in: Kompas vom 10. 2. 1981.
- 28) Dawam Rahrdjo: Development Policies ..., a.a.O., S. 6. Die Stabilisierung der Lebensmittelpreise als Aufgabe von DOLOG wird ständig betont. So zuletzt wieder durch den Leiter von BULOG/DOLOG, der in Personalunion Juniorminister für Genossenschaften ist. Vgl.: Indonesian Observer vom 22. 6. 1982.
- 29) Die noch getätigten Importe werden ausschließlich zur Auffüllung der Reservelager benötigt. Die Reisernten betragen 1970: 13 Mio t.; 1977: 15, 9 Mio t; 1978: 17, 5 Mio t; 1979: 17, 9 Mio t; 1980: 20, 2 Mio t; 1981: 22, 2 Mio t; und 1982: 23, 3 Mio t. Das REPELITA III-Planziel für 1983 betrug 20, 6 Mio t, die Steigerungsrate pro Jahr lag damit um ca. 100 % über der geplanten.
- Quellen: Business News vom 27. 11. 1981. Dick, H.: Survey of recent

developments, in: Bulletin of Indonesian Economic Studies, Vol. XVIII, No. 1, March 1982, S. 1-38.

- 30) Juniorminister für Genossenschaften, in: Business News vom 13. 2. 1981.
- 31) Daroesman, R. : Survey of recent developments, in: Bulletin of Indonesian Economic Studies, Vol. XVII, No. 2, July 1981, S. 25.
- 32) Nachrichten für den Außenhandel vom 29. 11. 1978.
- 33) The Law on the Basic Regulations for Cooperatives in Indonesia, Art. 38 (1). Im Entwicklungsprogramm des Juniorministers wird dies auf die Kurzformel "full commitment with limited involvement" gebracht. Department of Trade and Cooperatives Junior Minister Secretariate of Cooperatives Affairs: Developmental Programme KUD Presidential Instruction No. 2/1978, for the years of 1979-1984, 20 p. : unveröffentl. Schrift, 11. 1. 1979, S. 9.
- 34) Developmental Programme KUD, Presidential Instruction No. 2/1978, a. a. O., S. 3 und 9.
"Meanwhile the development requires concrete and quick actions and it is impossible to wait until the people are aware of the fact that they need to participate in the development activities". Soedjono, I. : The Pattern of Cooperative Development in Indonesia, a. a. O., S. 184.
- 35) Indonesian Observer vom 13. 7. 1982.
- 36) Developmental Programme KUD, Presidential Instruction No. 2/1978, a. a. O., S. 7 ff.
- 37) UP3KUD = Unit Pengendalian Pembinaan dan Pembangunan KUD.
- 38) Balatkop: Balai Latihan Koperasi (Genossenschaftliche Trainingszentren) sind die Ausbildungsstätten auf Distriktebene.
Puslatpenkop: Pusat Latihan Pendidikan Koperasi (Genossenschaftliche Ausbildungs- und Trainingszentren) sind die Trainingszentren auf Provinzebene.
- 39) Address of state by President Suharto before the House of the People's Representatives on the occasion of the 36th Independence Day August 17th, 1981; und: President Suharto in Indonesian Observer vom 25. 3. 1982.
- 40) Developmental Programme KUD, Presidential Instruction No. 2/1978, a. a. O., S. 17.
- 41) Finanzminister Ali Wardhana in Indonesian Times vom 18. 6. 1982.
- 42) Soedjono, I. : The Pattern of Cooperative Development in Indonesia, a. a. O., S. 190 f. ; s. a. Muslimin Nasution: Breaking through the obstacles, in: Prisma No. 23, Jakarta, December 1981, S. 24-26.
- 43) Soedjono, I. : The role of the state in cooperative development and the role of cooperatives in socio-economic development, a. a. O., S. 12.

- 44) Ebd. S. 12.
- 45) Soedjono, I. : The Pattern of Cooperative Development in Indonesia, a. a. O., S. 189.
- 46) Die von dem früheren Staatspräsidenten Sukarno 1945 im Rahmen der Unabhängigkeitserklärung proklamierten fünf Prinzipien werden heute als umfassende Staatsphilosophie angesehen mit Auswirkungen auf alle Teilbereiche der Gesellschaft, u. a. auch auf die Ökonomie. Pancasila umfaßt folgende Grundsätze: Glaube an einen Gott, allgemeine gerechte humanitäre Einstellung und Lebensweise, die indonesische Einheit, eine durch Weisheit gelenkte Demokratie und soziale Gerechtigkeit für das ganze indonesische Volk.
- 47) Diese Information erhielt der Verfasser in einem persönlichen Gespräch mit dem Gouverneur von Nusa Tenggara Timur, Dr. B. Mboy, im Dezember 1981.
- 48) s. a. Koch, E. : Die Entwicklung eines bedürfnisorientierten genossenschaftlichen Leistungsangebots - am Beispiel einer indonesischen Frauengenossenschaft (erscheint demnächst in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen).